

Handyverbot in Schulen: Neue Regeln für mehr Konzentration und Sicherheit!

Österreich führt ab 1. Mai 2025 ein bundesweites Handyverbot in Schulen ein, fördert soziale Kompetenzen und individuelle Lösungen.



Österreich - Ab dem 1. Mai 2025 gilt in Österreich ein bundesweites Verbot von Handys, Smartwatches und ähnlichen Geräten in den ersten acht Schulstufen. Wie **Kosmo** berichtet, betrifft dieses Verbot den gesamten Aufenthalt in der Schule sowie bei Schulveranstaltungen. Bildungsminister Christoph Wiederkehr (NEOS) bezeichnete die Maßnahme als notwendig, um soziale Kompetenzen der Schüler zu fördern und ihre Konzentrationsfähigkeit zu erhöhen.

Die neue Schulverordnung erlaubt jedoch individuelle Lösungen für Schulen. So können Schulpartner, bestehend aus Schüler-, Eltern- und Lehrerververtretungen, Ausnahmen festlegen, etwa zur Nutzung von Handys während der Mittagspause in Freizeitzone

oder für digitale Grundbildungsprojekte im Unterricht. Lehrer dürfen Handys also ganz gezielt im Unterricht nutzen, um Lerninhalte zu vermitteln oder Sicherheitsaspekte im Internet zu bearbeiten. Bei mehrtägigen Unternehmungen wie Sportwochen sind zudem „altersgerechte Nutzungsmöglichkeiten“ vorgesehen, wobei Zeitfenster für die Kommunikation mit den Eltern eingeplant werden sollen.

Regelungen und Ausnahmen

Nach der 8. Schulstufe sind individuelle Regelungen für Klassen oder Schüler möglich, auch im Rahmen von speziellen Bedürfnissen. Dies gilt beispielsweise für Schüler mit medizinischem Bedarf, die auf bestimmte Apps wie Blutzuckermessungen angewiesen sind. Die Verantwortung für die Sicherheit der Smartphones liegt dabei weiterhin bei den Schülern. Es wird empfohlen, die Geräte sicher in Spinden oder ähnlichem zu verwahren, da das unbeaufsichtigte Zurücklassen in Schultaschen nicht als ausreichend gilt.

Im Falle von Regelverstößen dürfen Lehrer die Handys bis zum Ende des Schultages einziehen. Bei wiederholten Verstößen oder problematischen Inhalten wird das Handy nur an die Erziehungsberechtigten zurückgegeben. Die Regelung soll Schulleitungen und Lehrkräften Klarheit bieten und braucht Anliegen der Schulgemeinschaft zu berücksichtigen, wie ebenfalls **ORF** feststellt.

Schulische Maßnahmen zur Online-Sicherheit

Zusätzlich zur Einführung des Handyverbots plant die Regierung, Schulungen für Lehrpersonal in digitaler Medienpädagogik und -didaktik anzubieten und das Fach „Digitale Grundbildung“ weiterzuentwickeln. Dies soll den Schulen helfen, sich intensiver mit den Herausforderungen der digitalen Welt auseinanderzusetzen, einschließlich Themen wie

Cybergrooming und Radikalisierung. Die Familienministerin Claudia Plakolm (ÖVP) unterstützt diese Initiative und betont die Notwendigkeit, die Bildschirmzeit der Schüler zu reduzieren.

Die neue Regelung ist Teil einer umfassenden Strategie zur Stärkung der Schulbildung in Österreich. Die bisherige Praxis, Schulautonomie zur Handynutzung zu erlauben, hatte häufig zu Durchsetzungsproblemen geführt, was eine klare, bundesweite Regelung notwendig machte. Wiederkehr sieht in dieser Initiative einen Schritt hin zu einem lernförderlichen Umfeld, in dem Schule als Ort für Konzentration und Sicherheit etabliert werden soll. Die umfassende Verantwortung für die ernsthafte Umsetzung des Verbots liegt bei den jeweiligen Schulen, die über Details der Handhabung selbst entscheiden können, wie **oe24** bestätigt.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Österreich
Quellen	• www.kosmo.at • orf.at • www.oe24.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at